

ROTE POST

Nr. 46

November 2021

INTERNATIONAL

6 EXPLOSION DER
BRENNSTOFFPREISE

BRD

8 OHNE PRINZIPIEN IN DIE
NEUE REGIERUNG

FRAUEN

10 PARLAMENT – BEISPIEL
DER GLEICHBERECHTIGUNG?

BERLIN

12 STREIK BEI VIVANTES UND
CHARITÉ

HAMBURG

14 KAUM VERBESSERUNGEN
FÜR STUDENTEN

BREMEN

16 LLOYD-WERFT:
SCHLISSUNG BESIEGELT?

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 LASCHET GEHT, DIE
KORRUPTION BLEIBT

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 JAHRELANGE HAFTSTRAFEN
FÜR ANTIFASCHISTEN

KULTUR

22 NO „FOMO“!

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

BAUERNAUFSTÄNDE IN PERU

**EXPLOSION DER BRENNSTOFFPREISE –
WIR MÜSSEN ZAHLEN**

OHNE PRINZIPIEN IN DIE NEUE REGIERUNG

**NEUES PARLAMENT –
EIN BEISPIEL DER GLEICHBERECHTIGUNG?**

STREIK BEI VIVANTES UND CHARITÉ

**„ÜBERGANGSSEMESTER“ AN DER UNI –
KAUM VERBESSERUNGEN FÜR STUDENTEN**

LLOYD-WERFT: SCHLISSUNG BESIEGELT?

**LASCHET GEHT, DIE KORRUPTION BLEIBT –
MINISTERPRÄSIDENTENWECHSEL IN NRW**

**ANTIFASCHISTEN ZU JAHRELANGEN
HAFTSTRAFEN VERURTEILT**

NO „FOMO“!

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für

Abos schreibt uns eine Mail an

rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler

Blodigstr. 15

80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

das UN-Flüchtlingshilfswerk hat kürzlich berichtet, dass die Zahl der weltweit Vertriebenen im Verlauf des letzten Jahres auf 84 Millionen gestiegen ist. So viele Menschen wie die gesamte Bevölkerung Deutschlands können in diesem System nicht mehr in ihrer Heimat leben; das sind bloß die offiziellen Zahlen der Vereinten Nationen, deren Vertreter sich noch über das „Versagen der internationalen Gemeinschaft“ beschwerten – bei wem? 5,7 Millionen Palästinenser, deren die Heimat die Imperialisten versuchen, zu zermalmern, 6,7 Millionen aus Syrien, einem Land, das die Imperialisten in permanentem Kriegszustand halten wollen. Doch der größte Zuwachs kommt aus den afrikanischen Ländern, wo es alleine diesen September wieder zwei bedeutende Putschversuche gab, im Sudan und in Guinea. In der dritten Welt, und besonders stark ausgeprägt in Afrika, gibt es einen ständigen Kampf zwischen den zwei Fraktionen der Großbourgeoisie, welche sich beide, mitsamt dem Land, an die Imperialisten verkaufen. Die Putsche in den Ländern sind Ausdruck dieses Kampfes, der noch dadurch befeuert wird, dass hinter beiden Seiten Imperialisten stehen, von denen sie unterstützt werden. So drückt sich zum Beispiel der Konflikt zwischen den USA und China auch im Putsch im Sudan aus.

Doch wir können nicht nur darauf fokussieren, was unsere Feinde machen. Die Massen verlieren jedes Mal mehr Vertrauen in den Staat der Unterdrücker, nachdem die eine Fraktion der Großbourgeoisie die andere gestürzt hat und die Versprechen von der „Befreiung“ etc. sich als weitere Lüge enttarnt haben. So hat sich zwischen 2015 und 2020 die Zahl der bewaffneten Aktionen gegen die Imperialisten und ihre Lakaien in der Sahel-Region (südlich der Sahara) jedes Jahr verdoppelt. Der französische Imperialismus, der größte Ausbeuter in Mali, musste ankündigen, dort seine Truppenstärke bis 2022 zu halbieren. Es wird einmal mehr deutlich: Die Bedingungen für die Revolution sind mehr als reif; das einzige was fehlt, ist die Kommunistische Partei als korrekte Führung des Kampfes.

Die Inflation, insbesondere die hohen Brennstoffpreise – mit denen wir uns diese Ausgabe ausführlicher beschäftigen – treffen in erster Linie natürlich die Arbeiterklasse, und zwar merklich. Die unmittelbare Antwort ist der Kampf um Lohnerhöhungen, und für den hat die deutsche Bourgeoisie ihre Vertreter an den entsprechenden Stellen bereits vorbereitet. Mitte November begann in Deutschland unter Führung der gelben Gewerkschaft *ver.di* eine Reihe an großen Streiks im öffentlichen Dienst. Wieder Streiks der Arbeiterklasse, deren Führung fest in den Händen der herrschenden Klasse liegt und die uns auf Dauer gesehen keine Errungenschaften bringen. Es gilt, die gelben Gewerkschaften als Feinde der Arbeiterklasse zu entlarven und die Arbeiterkämpfe zu entwickeln und eine kämpferische Gewerkschaft zu schaffen, die tatsächlich unseren Interessen dient.

In Indien bereitet der alte Staat zur Zeit eine neue Operation mit dem Namen *Prahaar-3* gegen den Volkskrieg und die Kommunistische Partei Indiens (maoistisch), die ihn führt, vor. In tausenden von Dörfern im bevölkerungsreichsten halbfeudalen Land der Welt sind hauptsächlich Bauern in den revolutionären Volkskomitees organisiert, wo sie die Neue Macht aufbauen, die Neue Demokratie in Indien. Mit der völkermörderischen Operation versucht der alte indische Staat in diesen Tagen, dem Volkskrieg und der Neuen Macht einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Es sind alle revolutionären und demokratischen Kräfte dazu aufgefordert, das völkermörderische Vorgehen des yankee-treuen indischen Staats und seiner Modi-Regierung öffentlich anzuprangern und ihre Solidarität mit dem indischen Volk zum Ausdruck zu bringen. Gleichwohl möchten wir aber auch betonen, möge der Staat auch noch so viele Operationen gegen die Kommunisten führen, dass keinerlei Zweifel daran besteht, dass auch der Volkskrieg in Indien früher oder später siegreich sein wird, wie der Volkskrieg in jedem Land auf der Welt.

BILD DES MONATS

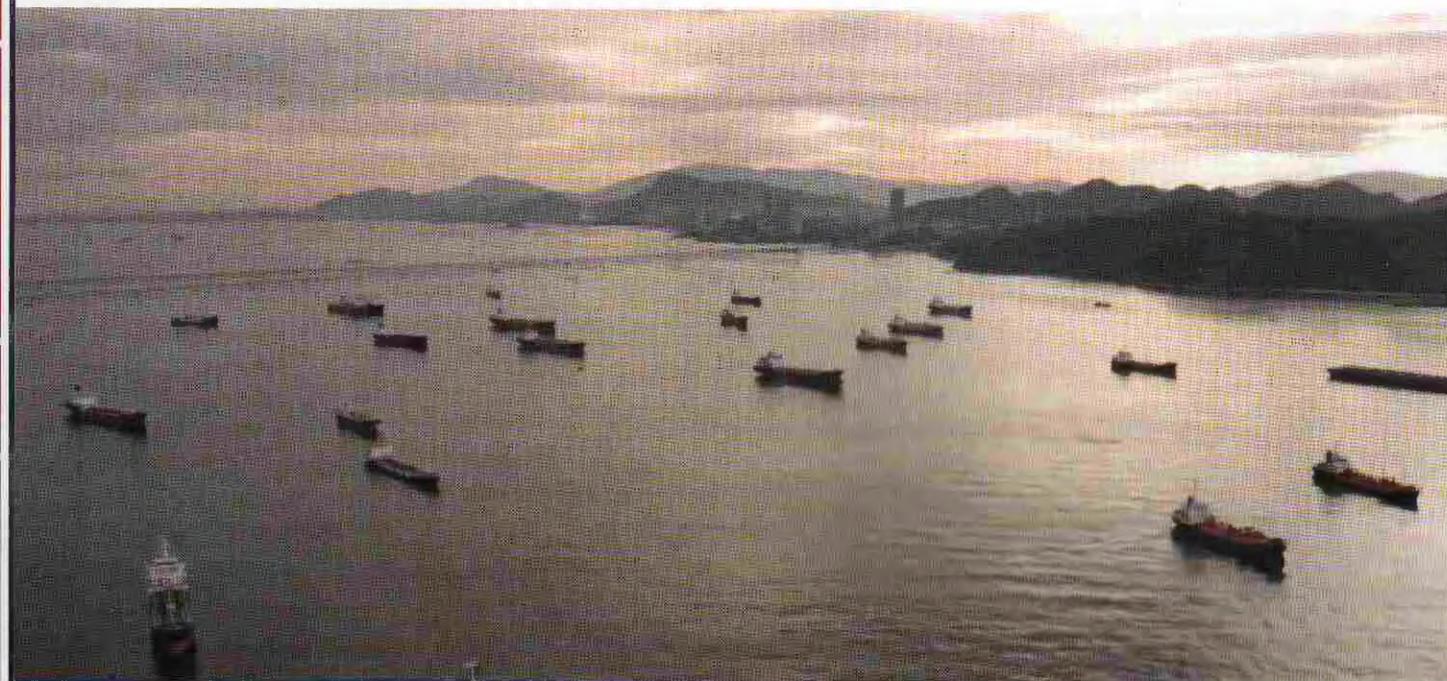


Peru wurde Ende Oktober von einem Bauernaufstand erschüttert. An unterschiedlichen Orten das Landes wurden die Anlagen eines Goldminenunternehmens von 500 Bauern gestürmt und dabei Firmenfahrzeuge, Gebäude- und Anlagenteile in Brand gesetzt, ein Tanklastzug vor der größten Kupfermine des Landes angezündet und 50 Kilometer der zuführenden Straße mit Steinen, Stöcken und Erdhäufen blockiert, eine Ölstation von 200 Bauern besetzt und unbrauchbar gemacht und Zuckerrohrplantagen in Brand gesetzt. Das zeigt wieder, dass der Volkskrieg in Peru eine materielle Realität ist und das Volk gelernt hat, seine Interessen zu verteidigen.

Quelle: A Nova Democracia



EXPLOSION DER BRENNSTOFFPREISE – WIR MÜSSEN ZAHLEN



April 2020: Stau von Öltankern an vor großen Häfen der Welt

Die ersten Mietervereine in der BRD haben bereits gewarnt, dass man sich für diesen Winter Rücklagen für die Heizkosten anlegen soll. Der Dieselpreis in Deutschland hat sein Allzeit-Rekordhoch erreicht, und der Benzinpreis ist kurz davor. Die Preise für Erdöl und Erdgas schießen auf der ganzen Welt in die Höhe, die großen Monopole wie Saudi Aramco, das nach Apple wertvollste Unternehmen der Welt, können ihren Gewinn enorm steigern. Die Imperialisten sprechen von einer „Energiekrise“, dabei mangelt es eigentlich überhaupt nicht an den Brennstoffen, die Tag für Tag unsere Motoren in Bewegung setzen, unsere Gebäude warmhalten und Strom erzeugen. Im Frühling 2020, zum Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise, lagen unzählige der großen Öltanker still vor den großen Industriehäfen der Welt, weil die Lager bereits mit billigem Öl „überflutet“ waren und es keinen Platz mehr für das überflüssige Öl gab. Das war passiert, weil sich Russland und Saudi-Arabien nicht auf eine Begrenzung der Ölförderung für eine Regulierung des Preises einigen konnten, und Saudi-Arabien dann gezielt den Markt mit Öl überschwemmte, um einen Preisverfall herbeizuführen und damit den russischen Imperialismus zu schwächen.

Seit Beginn der Ölförderung sagten bürgerliche Wissenschaftler und Ökonomen immer wieder ein

baldiges Ende der Ölreserven, einen Niedergang der Förderung und so weiter voraus. Tatsächlich ist das aber bis heute nie passiert. Es gibt zwar nicht unendlich viel Öl, aber immer noch Öl im Überfluss für die kommende Zeit. Das Problem dafür, dass Öl im Augenblick so „wertvoll“, also teuer ist, liegt nicht daran, dass kein Öl mehr da ist. Tatsächlich hängt der Anstieg des Ölpreises aber trotzdem damit zusammen, dass es an einigen Stellen an Öl fehlt. Denn infolge der Überflutung des Marktes mit billigem Öl und dem niedrigen Preis letztes Jahr, verknappten die großen Ölproduzenten die Bestände auf dem Weltmarkt *künstlich*, d.h. sie drosselten die Förderung, damit sich der Preis wieder hebt – was er jetzt eben in höherem Maße tut. Wer sind diese Produzenten? Unter anderem die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), ein Kartell, deren Mitgliedstaaten über ungefähr drei Viertel der weltweiten Erdölreserven verfügen. Hinter den Türen der Öffentlichkeit treffen die Reichen und Mächtigen der Mitgliedstaaten dort Absprachen, um die Entwicklung des Ölpreises im Dienste der Monopole zu kontrollieren. Das „wichtigste“ Land in der OPEC, als größter Produzent, ist Saudi-Arabien. Seit es die OPEC gibt, verfügen die USA besonders durch ihre Stellung in Saudi-Arabien über großen Einfluss auf ein Kartell, das den Großteil der weltweiten Ölreserven kontrolliert. Auch durch die Preispolitik der OPEC

konnten die USA in den letzten Jahren mit der Ölförderung im eigenen Land schnelle Fortschritte machen und sich innerhalb kurzer Zeit selber zum größten Erdölproduzenten der Welt entwickeln.

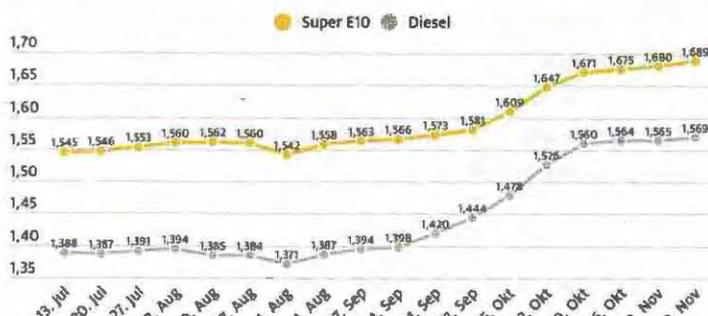
Auf der anderen Seite steht das Volk und bezahlt für den Wettbewerb der Imperialisten, der den Preis für die Brennstoffe so in die Höhe schießen lassen hat. Gaspreiserhöhungen für Kunden von voraussichtlich durchschnittlich 13 Prozent, für Heizöl noch höher. Bei einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden fürs Heizen würde die Jahresrechnung bei „Normalpreis“ für Gas um 189 Euro teurer ausfallen. Über die Spritpreise braucht man gar nicht erst viel zu reden – wenn es innerhalb eines Monats ca. zehn Euro teurer ist, einen durchschnittlichen Diesel-Verbrenner vollzutanken, geht das an kaum einem vorbei. Wir müssen blechen, und die bürgerlichen Politiker schlagen Lösungen für ihre „Energiekrise“ vor, für die wir genauso oder noch mehr blechen müssen. Die EU-Kommission hat kurzfristige und langfristige Maßnahmen vorgestellt:

Kurzfristig sollen alle Mitgliedstaaten sich selbst darum kümmern, dass „für Entlastung gesorgt ist“. Nicht mit einem direkten Eingriff in die Entwicklung des Preises, sondern mit Schecks, Befreiung von Abgaben etc. Man schaue sich die bisherigen Steuersubventionen für Energie in der EU an – „12,5 Milliarden Euro Steuervergünstigungen für Flugbenzin, 11,5 Milliarden Euro für das Dieselpprivileg sowie 5,4 Milliarden Euro für die energie-intensive Industrie“. Einerseits profitieren von den Steuervergünstigungen für Industrie und öffentlichen Verkehr die Kapitalisten, und das Volk wenn dann indirekt – andererseits werden Sachen wie das Dieselpprivileg selbst durch Steuergelder ermöglicht. „Für Entlastung sorgen“ bedeutet also, dass die Brennstoffproduzenten ihre Produkte weiterhin loswerden können, weil in erster Linie andere Unternehmen sich die günstiger leisten können, der einzelne Käufer aber keine „Entlastung“ kriegt. In Frankreich hat der Präsident Macron das Problem auf den ersten Blick anders gelöst: Ein „Energiepreisdeckel“, d.h. ein erzwungenes Ende der Teuerung, und eine Pauschale von 100 Euro für alle Leute mit einem Einkommen von weniger als 2.000 Euro netto pro Monat. Allerdings sollen die Preiserhöhungen im Frühling – wenn die Wahlen in Frankreich stattgefunden haben – nachgeholt werden, und die Pauschale von

100 Euro hilft bei dem rasanten Anstieg der Preise vielen überhaupt nicht. Also nur ein Hinauszögern des Problems und „kleine Geschenke“, damit Macron Aufwind im Wahlkampf bekommt. Dass das Volk unter den hohen Brennstoffpreisen leidet, nutzen die Imperialisten für politische Zwecke weiter.

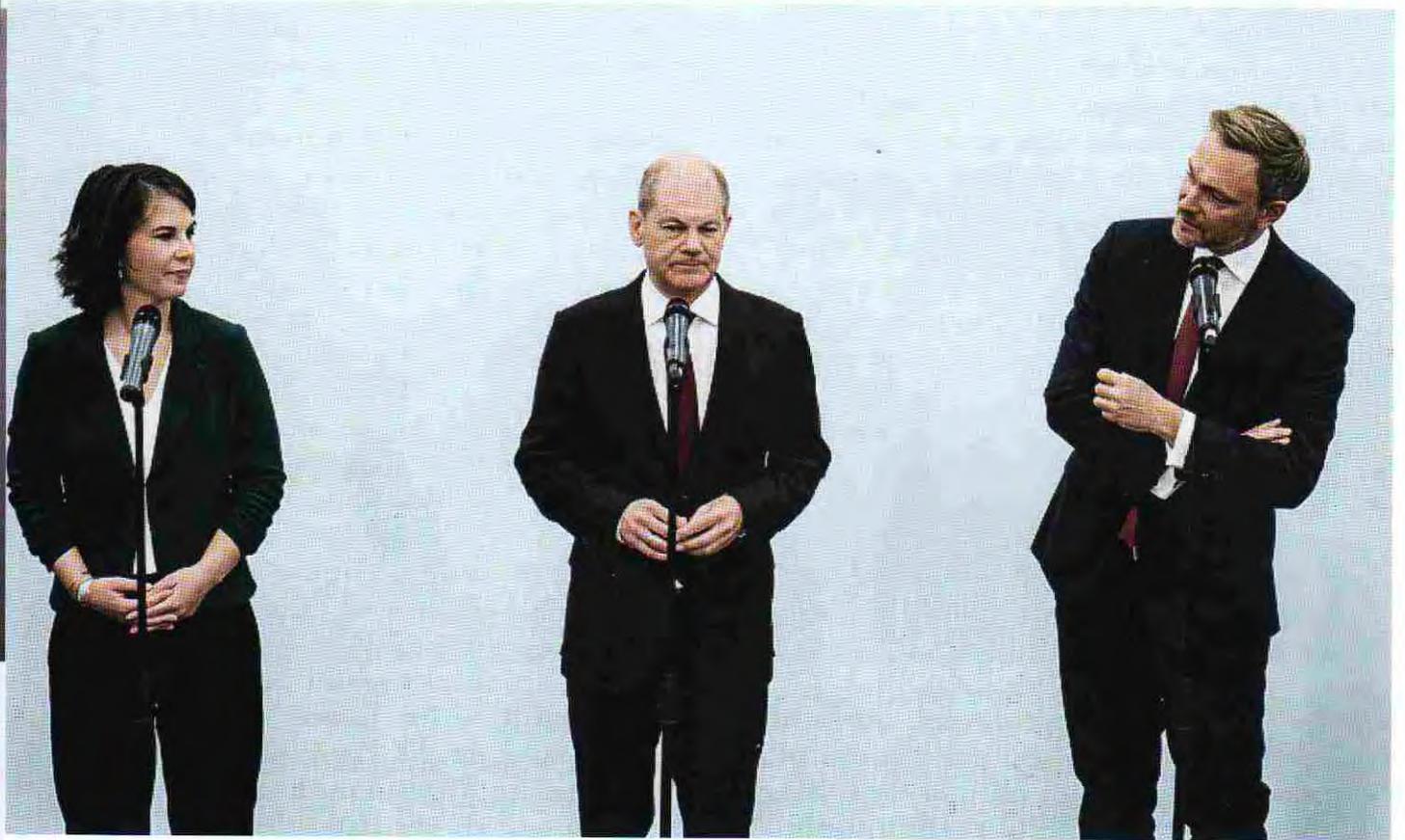
Langfristig betont die EU-Kommission, dass man „erneuerbare Energien“ schneller ausbauen will. Es geht ihnen dabei nicht darum, etwas gegen den Klimawandel zu machen, sondern neue und unabhängige Energiequellen innerhalb der EU aufzubauen. Denn von den „fossilen Energieträgern“, die heute natürlich noch die Hauptquelle ausmachen, muss die EU mehr als 90 Prozent importieren. Neben den „erneuerbaren Energien“ will die Kommission auch Sachen wie einen gemeinsamen Gasspeicher in die Wege leiten – damit macht man sich z.B. unabhängiger vom Konkurrenten Russland, der aktuell mit dem Pipeline-Projekt Nord Stream 2 über ein Druckmittel auf die EU verfügt. Die vermeintliche Lösung für die hohen Preise, die die Arbeiterklasse und das Volk für die Energieversorgung zahlen müssen, ist tatsächlich nur eine Lösung für die Herrschenden, dass sie im internationalen Wettbewerb die Wirtschaft in ihrem Hoheitsgebiet weiterhin selbstständig und unabhängig mit Energie versorgen können, und dabei noch möglichst viel Profit machen. „Das Geld ist da“, sagt EU-Energiekommissarin Kadri Simson selbst. Aber statt uns die Kosten damit zu verringern, bauen sie neue Unternehmen auf, die uns dann wieder das Geld aus der Tasche ziehen. Mögen die Versprechen der bürgerlichen Politiker auch noch so rosig und zuversichtlich klingen – daran, dass man unseren Leuten immer mehr über die Geldbeutel herfällt, ändert sich nichts! Unser einziges Mittel ist und bleibt, zu kämpfen. •

Kraftstoffpreise im Wochenvergleich in Euro/Liter



Kraftstoffpreise in Berlin-Walldorf des Berliner Verkehrs Super E10 und Diesel. Dargestellt ist die Entwicklung der beiden Preis- im Wochenvergleich. Aus den Preisen handelt es sich jeweils um Tagesdurchschnittswerte.

OHNE PRINZIPIEN IN DIE NEUE REGIERUNG



Vertreter der Ampel (v.l.n.r.): Annalena, Der Pate von Hamburg und Christian Lindner

Nunmehr zwei Monate ist es her, dass in der BRD gewählt worden ist, und eines war schnell klar, es wird eine Regierung bestehend aus anderen Parteien als die vorherige geben. Nur wenige Tage nach der Wahl erschien das „Sensationsselfie“, auf dem Robert Habeck und Annalena Baerbock (Grüne) und Christian Lindner und Volker Wissing (FDP) gemeinsam drauf zu sehen waren. Die sogenannten „Kanzlermacher“, wie die bürgerliche Presse titelte, diejenigen, die das Zepter in der Hand hielten und den neuen Kanzler bestimmen könnten. In gewissem Maße traf diese Bezeichnung zu. Es stimmte, dass Grüne und FDP bei einer Einigung darüber, mit wem sie koalieren wollen, maßgeblich bestimmen würden, wer der Dritte im Bunde sein würde: SPD oder CDU. Zum ganzen Irrwitz dieses Vorgehens verlor die bürgerliche Presse allerdings kein einziges Wort.

SCHNELL ZUR NEUEN KOALITION

Wie schnell deutlich wurde, ließ man die innerlich kriselnde CDU nach 16 Jahren an der Spitze der

Regierung hinter sich und entschied sich für eine sogenannte Ampelkoalition (SPD, FDP, Grüne). Die drei Parteien starteten in die Sondierungsgespräche und das deutlich früher, als von vielen vor der Wahl erwartet worden war. Wir erinnern uns: Nach der Bundestagswahl im Jahre 2017 dauerte es etwa vier Monate, bis die Regierung gebildet war und an die Arbeit gehen konnte. Ein solches Debakel will man in diesem Jahr unbedingt verhindern. Ziel des ganzen ist es, eine vermeintliche Stabilität vorzutauschen, in dem man früh in die Sondierungsgespräche startete und eine Regierungsbildung aussehen ließ wie ein Kinderspiel. Schnell wurde allerdings klar, dass dem nicht so ist und dass vor allem keine Stabilität besteht. Ganz im Gegenteil. Die drei Parteien warfen grundlegende Forderungen, die auch im diesjährigen Wahlkampf eine Rolle spielten, über den Haufen, um den Posten in der Regierung zu ergattern. Fangen wir bei den Grünen an. Die Partei, die für ihr „Engagement“ für das Klima bekannt ist, warf in diesem Bereich gleich mehrere grundlegende Punkte ihres Parteiprogramms über Bord. So ist der Kohleausstieg, der von den Grünen schon für dieses Jahr

gefordert wurde, im Sondierungspapier nun auf 2030 festgeschrieben worden. Außerdem die Forderung, Neuzulassungen für PKW mit Verbrennermotoren bis 2030 einzustellen, von der im Sondierungspapier nichts mehr zu lesen ist. Und auch das Tempolimit auf Autobahnen – zentrales Wahlkampfthema der Grünen – haben sie aufgegeben.

Bei der SPD sieht es nicht anderes aus. Auch die Sozialdemokraten mit dem neuen Bundeskanzler Olaf – A.K.A. der Pate von Hamburg – Scholz an der Spitze, haben in den Sondierungen ihr eigenes Parteiprogramm verraten. So spielt die viel geforderte Vermögenssteuer (die übrigens auch von den Grünen gefordert wurde) keine Rolle, sowie auch der von der SPD angestrebte sogenannte Mietendeckel im Sondierungspapier nicht mehr auftaucht.

Die FDP gab ebenso einige Grundsätze ihres Wahlkampfes auf. So hat sich ihre Forderung nach einer sogenannten Flexibilisierung des Renteneintrittsalters erledigt. Außerdem konnten sie die Erhöhung des Mindestlohnes nicht verhindern, was bei dem elitären Unterstützerkreis der FDP sicherlich nicht gut ankommen wird.

So zeigt sich der Preis, den diese vorgegaukelte Stabilität der neuen Regierung der BRD gekostet hat. Denn dieses prinzipienlose Geschreibsel, dass sie Sondierungspapier nennen, ist reiner Ausdruck der bürgerlichen Wahlfarce. Die Wahlversprechen, die die bürgerlichen Parteien machen, entpuppen sich einmal mehr als dummes Geschwätz, das uns an die Wahlurnen locken soll. Nach der Wahl hat alles, was vor der Wahl gesagt wurde, keinerlei Wert mehr. Doch trotzdem versuchen sie uns, all das immer wieder als Stabilität zu verkaufen und behaupten, dass das Machen von Kompromissen der Kern der Demokratie sei, so wie in der bürgerlichen Presse in den letzten Wochen ständig zu lesen war.

DIE KRISE DES PARLAMENTARISMUS

All die Vorkommnisse in den Wochen nach der Bundestagswahl sind ein Ausdruck der tiefen Krise der Demokratie, die sich vor allem als eine Krise des Parlamentarismus entwickelt. Es ist auch gut möglich, dass nach unserem Redaktionsschluss schon wieder viel neues in Sachen neuer Regierung auf dem Tisch liegt. Jede eventuelle Geschwindigkeit

bei der Regierungsbildung haben die Vertreter des deutschen Imperialismus sich erkaufte durch mehr Prinzipienlosigkeit, und das wird der neuen Regierung um die Ohren fliegen. Diese Krise des Parlamentarismus findet ihren Ausdruck auch in der tendenziell sinkende Wahlbeteiligung. Seit 1972 sinkt die Wählerschaft bei den Bundestagswahlen tendenziell. Besonders in der Arbeiterklasse manifestiert sich diese Tendenz. Auch in diesem Jahr wären die Nichtwähler, würde man sie als eine Partei zählen und mit den anderen Parteien vergleichen, mit 23,4 Prozent die stärkste Kraft der Bundestagswahl. Des Weiteren stehen nur gute 20 Prozent der Menschen in der BRD hinter dem kommenden Kanzler – oder haben zumindest für ihn gestimmt. Im Umkehrschluss heißt das, dass ganze 80 Prozent der deutschen Bevölkerung Olaf Scholz als Kanzler ablehnen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist es auch wieder notwendig, mit drei Parteien in eine Koalition zu treten, da nur drei Parteien genug Stimmanteile für eine absolute Mehrheit aufbringen können.

Die Krise des imperialistischen Systems, von der die Krise des Parlamentarismus ein Teil ist, kennt nur einen Ausweg für die Arbeiter: Und zwar mit diesem System zu brechen und es zu zerschlagen. Die geringe Zustimmung für das System ist nichts anderes als der Schrei nach etwas neuem. Was es also braucht, ist die Kommunistische Partei, eine Partei, die sich maßgeblich von den bürgerlichen Parteien unterscheidet, sich nicht an der Wahlfarce beteiligt und keine leeren Versprechen macht. Eine Partei, deren Leben aufhört, wenn sie aufhört, für die Arbeiter zu kämpfen. Und eine Partei, die der Arbeiterklasse und dem Volk das gibt, was sie brauchen, um ihre Fesseln zu sprengen. •

	Erststimme	Zweitstimme
Wahlberechtigte	61.168.234	61.168.234
Stimmen SPD	12.228.363	11.949.756
Stimmen CDU	13.233.475	11.173.806
Tatsächliches Wahlergebnis in Prozent		
SPD	19,99	19,54
CDU/CSU	21,63	18,27

NEUES PARLAMENT – EIN BEISPIEL DER GLEICHBERECHTIGUNG?



Nachschub für unsere Unterdrücker: die neue Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD)

Die Zusammensetzung des neuen Bundestags schlägt große Wellen. Nicht nur das Ausmaß der Neuzugänge macht Schlagzeilen, auch WER in diesem Parlament Platz gefunden hat, scheint für die bürgerliche Presse von größtem Interesse zu sein.

Während des Wahlkampfes haben die bürgerlichen Parteien darauf gesetzt, sich einen fortschrittlicheren Anstrich zu geben, indem sie auch Frauen in die ersten Reihen gestellt haben. Die SPD-Bundestagsfraktion beispielsweise begreift sich als „Jünger, diverser, weiblicher“ und wirbt mit „neuem Schwung in der Bude!“ Mehr als die Hälfte der Fraktion der SPD seien neue Abgeordnete, ohne den „starken Mann“ Olaf Scholz an ihrer Seite hätten die neuen das jedoch niemals so weit geschafft. So beteuert es Mützenich, einer der neuen Mitte-Dreißiger bei der SPD. Der Kampf um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, der seinen Ursprung in der proletarischen Bewegung hat, wird seit langem von der Bourgeoisie missbraucht, um ihre Wahltrummel zu rühren. Dadurch wird der Kampf für die Emanzipation der Frau, als Teil des Kampfes für die klassenlose Gesellschaft, allzu oft verklärt zum Kampf der Geschlechter gegeneinander.

Seit 1949 hat es insgesamt einen großen Anstieg des Anteils der Frauen im Bundestag gegeben. Der Anteil ist jedoch von der Wahl 2013 auf 2017 von 36,5 Prozent auf 30,7 Prozent gesunken. Das, obwohl 2013 die konservative CDU-Fraktion die stärkste Kraft im Parlament war. Der Frauenanteil in diesem Bundestag 2021 liegt auch nur bei 34,8 Prozent. Und das trotz Frauenquote bei den Grünen und den kläglichen Versuchen der bürgerlichen Parteien, durch „mehr Diversität“ noch irgendwie aktuell für die Leute zu bleiben, um gewählt zu werden.

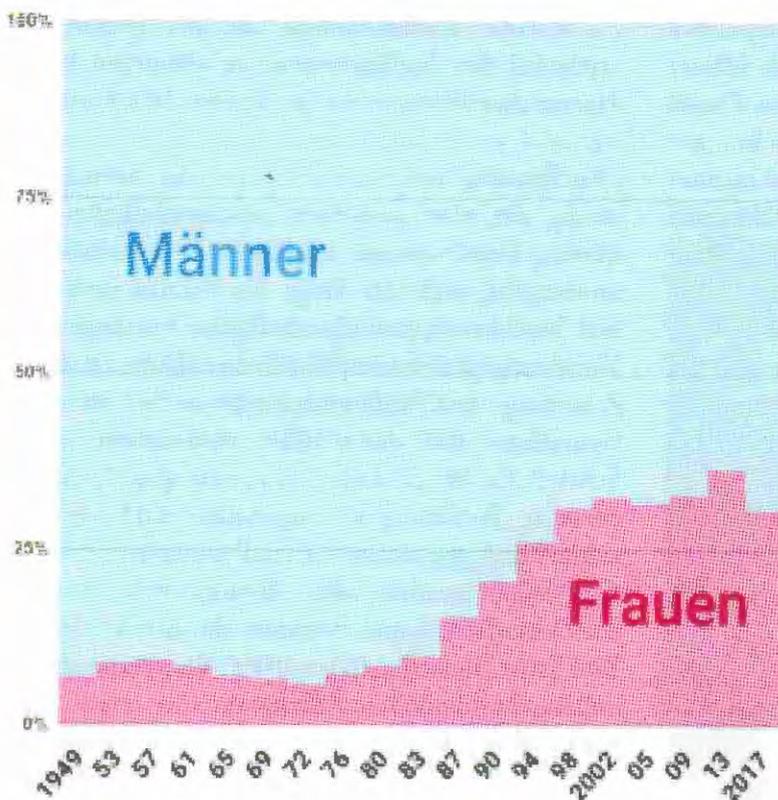
Nach dieser Bundestagswahl wird der immer noch vergleichsweise geringe Frauenanteil von bürgerlichen Politikern kritisiert. Auch die Grüne Claudia Roth beschwert sich, es sei „viel zu bescheiden“, einen Frauenanteil von unter 40% im Bundestag als eine gute Nachricht zu bewerten. Die Grünen-Fraktion hatte eine Frauenquote in ihrer Partei-Satzung und deshalb besteht nun die Hälfte der Abgeordneten aus Frauen. So plädiert nun auch Claudia Roth für eine Frauenquote im gesamten Bundestag. Sie betont: man müsse die Quote als einen „Schlüssel benutzen, der ihnen die Tür aufmacht, um zu zeigen, was sie können“. Man müsse im Bundestag allgemein „mehr Gesicht zeigen“ und auch andere Minderheiten abbilden.

Von echter Gleichberechtigung sei man noch weit entfernt. Auch eine junge FDP-Politikerin setzt sich für mehr Frauen in der Politik ein. *„Wir müssen Frauen für Politik begeistern und ihnen Raum zum Mitmachen geben – zum Beispiel, indem wir massiv den Frauenanteil in der Mitarbeit in der Kommunalpolitik erhöht haben.“*

Parteiübergreifend wird jetzt dafür plädiert, dass das bundesdeutsche Parlament eben noch „diverser“ werden müsse, um die gesamte Bevölkerung zu repräsentieren. Mit „echter Gleichberechtigung“ hat aber auch eine Frauenquote nichts zu tun. Jegliches Gerede über Quoten in der Politik ändert nichts an der Situation der Frauen in der Gesellschaft. Wie ein bestimmter Teil der Gesellschaft im Parlament „repräsentiert“ ist, hat noch lange keinen Einfluss darauf, dass es diesem Teil der Gesellschaft tatsächlich besser geht. Frauen, die im Parlament sitzen, repräsentieren einzig und allein die herrschende Klasse. Diese Parlamentarierinnen haben mit der Arbeiterklasse nichts gemeinsam und bringen uns nicht automatisch neue Gesetze, die uns etwas nützen. Die Anwesenheit des weiblichen Geschlechts allein verhindert nicht die Ausbeutung und Unterdrückung, die uns proletarischen Frauen Tag täglich widerfährt. Denn das, was uns tatsächlich

voneinander trennt ist die Klassenzugehörigkeit, nicht das Geschlecht. So werden bürgerliche Politikerinnen immer Politik für die herrschende Klasse machen. Dabei ist völlig egal, wie groß die Krokodilstränen sind, die sie weinen, wenn sie über „Sexismus“ klagen. Laut einer neuen Studie zu Gleichberechtigung in der Politik hätten es Frauen in der Politik besonders schwer. Auch nach #metoo-Debatte, einer weiblichen Kanzlerin und Frauenförderprogrammen sei das Problem nicht gelöst: Politikerinnen würden noch immer auf ihr Äußeres reduziert werden und hätten nicht die gleichen Chancen aufzusteigen wie ihre männlichen Kollegen. Ja, bürgerliche Frauen machen auch ihre Erfahrungen mit dem Patriarchat. Aber für unsere Klassenschwestern aus dem Proletariat kommt es in erster Linie nicht darauf an, dass jemand ihr Outfit kommentiert, sondern darauf, dass sie von ihrem Lohn ihre Kinder ernähren können. Wenn die FDP-Politikerin gegen einen höheren Mindestlohn ist, weil dieser angeblich der Wirtschaft schadet, obwohl die Lebenshaltungskosten stetig steigen, kann die alleinerziehende Mutter ihrem Kind trotzdem nicht mehr Essen auf den Tisch stellen, egal wie viel diese Frau von Gleichberechtigung schwafelt. Auch wenn sie vorgeben, „für uns“ Politik zu machen – auch ihre kleinen Reförmchen ändern nichts an dem grundlegenden Verhältnis, dass wir unsere Arbeitskraft verkaufen müssen, um gerade so davon leben zu können, während die Herrschenden uns arbeiten lassen und daran schmarotzen.

Die Emanzipation der Frau gibt es nur in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, daran ändern auch ihre heuchlerischen Gesetze und Maßnahmen nichts. Die bürgerliche Klasse repräsentiert uns nicht, wir müssen die Macht selbst in den Händen halten und das geht nur, wenn wir gemeinsam als Klasse dafür kämpfen. •



Entwicklung der „Geschlechteranteile“ im Bundestag

STREIK BEI VIVANTES UND CHARITÉ

Klatschen verbessert die Arbeitsbedingungen nicht, dachte sich das Klinikpersonal von Vivantes und Charité und trat bis Ende Oktober insgesamt 50 Tage in Streik. Hauptforderungen waren eine Bezahlung nach TVöD und eine Verbesserung des Personalschlüssels für Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger. Aber auch das Reinigungs- und Küchenpersonal unterstützte den Streik. Dem vorangegangen war ein hunderttägiges Ultimatum, die Forderungen zu erfüllen, das die Landeseigenen Krankenhauskonzerne haben verstreichen lassen. Nur um dann zu versuchen, den Streik auf zynischste Weise zu diskreditieren, indem man die Erfüllung der Patientenversorgung bemängelt. So wollen sie einen Interessenskonflikt zwischen Patienten und Klinikpersonal hochspielen, der nicht existiert. Denn unter der Unterbesetzung des Personals im bisherigen Normalzustand leiden beide Seiten gleichermaßen.

Tatsächlich wurde während des Streiks eine Notfallversorgung sichergestellt, die nicht geringer besetzt war als die personalärmsten Schichten im vorangegangenen Normalbetrieb. Denn die Pflegerinnen und Pfleger berichten, dass sie oft unter einem Personalschlüssel von 1:15 bis 1:30 arbeiten müssen. Dabei wäre laut der DGINA (*Deutsche Gesellschaft für interdisziplinäre Notfall- und Akutmedizin*) für einen Personalschlüssel von 1:5 bis 1:6 angemessen. „Ich bin selbst in der Streikleitung. Wir haben uns mehr den Kopf zerbrochen, wie wir die Patienten notversorgen, als manches Krankenhausmanagement.“, beschreibt dies eine Arbeiterin der Vivantes-Intensivstation im Interview mit dem ZDF.

Der Normalzustand, den diese Besetzung verursacht, beschrieb eine Streikende in einem Interview so: „Wenn wir so besetzt sind, drei Pflegepersonen zur Patient:innenversorgung, versorgen wir teilweise bis zu 70 Patient:innen. Und das sind nicht einfach nur Leute die einen verstauchten Fuß haben. Das sind Leute mit Frakturen oder in psychischen Ausnahmezuständen aber auch Leute mit Akutsituationen, also Herzinfarkten, Schlaganfällen. Und das sind Menschen in akut lebensbedrohlichen Situationen, die reanimiert werden müssen, die beatmet werden müssen, die Herz-Kreislauf-Stillstände haben. Das sind auch Leute mit starken Schmerzen oder Patient:innen mit Demenz, die eine intensive Betreuung

erfordern, genauso wie die Psych.-Patienten, um die man sich eigentlich individuell kümmern müsste. Und davon haben wir dann quasi zu dritt bis zu 70. In einem Dienst, gleichzeitig. Da kann man sich vorstellen wie das abgeht. Dann müssen wir überlegen, wen wir von der Trage schicken, damit wenn die Feuerwehr wiederkommt sich jemand hinlegen kann und wo wir überhaupt jemanden hinsetzen können. Da bleiben die Grundbedürfnisse der Patient:innen – also Essen, Trinken, mal auf die Seite gedreht oder gewandelt werden – komplett auf der Strecke. Und nach so einem Dienst fühlt man sich eigentlich immer wie eine richtige Versagerin. Du kommst nicht hinterher, du schaffst nicht alles. Menschen müssen auf vieles warten, es kommt zu vielen Aggressionseignissen. Alles Dinge, die man mit einer guten Personalbesetzung verhindern könnte. Jetzt hat man eigentlich nur noch das Gefühl, dass man aufpasst, dass niemand stirbt. Und das ist nicht das Ideal, warum ich Krankenschwester geworden bin. Ich möchte Menschen gut versorgen und in schlimmen Situationen für sie da sein. Das geht alles nicht.“

Der Streik war aufgeteilt zwischen den Angestellten der Charité, von Vivantes und den Angestellten in Tochterfirmen der beiden. Die vorläufigen Verhandlungen bei Vivantes und der Charité endeten bereits am 7. Oktober, nachdem sich auf „Eckpunkte“ geeinigt wurde. Die Verhandlungen und der entsprechende Streik bei den Tochterfirmen, vor allem von Vivantes dauerte aber weiter an und endete am 29. Oktober.

Die Führung der Streiks lag bei der Gewerkschaft ver.di, die eine gewohnte beschwichtigende Rolle spielte. Damit waren es diese Gewerkschaftsfunktionäre, die auch das Ende des Streiks verkündeten und beschlossen, nachdem teilweise nur geringfügige Verbesserungen erkämpft wurden. Eine tatsächliche Änderung der Tarifverträge gibt es bis jetzt nicht. Grundlage für den selbst deklarierten „großen Schritt“ für ver.di sind „Eckpunktpapiere“, in denen einzelne Forderungen festgehalten sind welche in zukünftigen genaueren Verhandlungen im Tarifvertrag festgehalten werden sollen. Bereits damit war ver.di jedoch zufrieden und beendete die Streiks. In dieses Bild passt auch der „Vermittler“ der Verhandlungen, der in der bürgerlichen Presse immer wieder gelobt wird und bei dem sich die zukünftige Bürgermeisterin Giffey dafür bedankt, der ehemalige Brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck der SPD. Dieser

hatte Anfang des Jahres auch schon bei Streiks einer Tochterfirma der Charité verhandelt und ist immer wieder Aushängeschild dafür, wie bürgerliche Parteien und gelbe Gewerkschaften zusammenarbeiten, um die kampfbereiten Arbeiter zu beschwichtigen und ihre Kämpfe in Bahnen zu lenken, die dem System nicht gefährlich werden können. So werden die Arbeiter immer wieder um ihre Kämpfe betrogen und ihre Errungenschaft – höchstens auf kleinere Anpassungen – beschränkt.

Die Arbeiter der Vivantes-Tochterfirmen, die Reinigung, Transport und Speiseversorgung sicherstellen, konnte einen annähernde Angleichung ihres Gehalts an den TVöD-Lohn erreichen. Ihnen soll ab 2022 mindestens 85 Prozent des TVöD-Lohnes gezahlt werden, 2025 dann bis zu 96 Prozent. In Einzelfällen hatten Beschäftigte 800 Euro brutto weniger als TVöD-Niveau erhalten. Sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten zudem eine Corona-Sonderzahlung von 1500 Euro. Die auch von ver.di in ihrer Propaganda hochgehaltene Parole „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ wurde also nicht erreicht und auch die Annäherung der Löhne an den Tarifvertrag wird auf Jahre in die Zukunft geschoben. Eine Erhöhung dieses Tarifniveaus war nicht Teil der Forderungen, sodass die Reallöhne noch deutlich weniger ansteigen werden als auf das jetzige Tarifniveau. Das gilt besonders vor dem Hintergrund des steigenden sogenannten „Verbraucherpreisindex“ welcher für den Oktober diesen Jahres bereits auf 4,5 Prozent über den Preisen des Vorjahres angekommen ist. Die Ausgliederung erfolgte im Jahr 2002, also ein Jahr nach der Gründung von Vivantes, durch den Senat aus Linkspartei und SPD. Vivantes ist von Anfang an ein Betrieb, der nach „privatwirtschaftlichen Grundsätzen“ geleitet wird und zu 100% dem Land Berlin gehört. Seine Aufgabe ist also auch, dem Land Berlin Profite abzuwerfen. Die Gründung erfolgte auch vor dem Hintergrund von über 4000 Entlassungen, nachdem der Senat kurz nach der Annexion der DDR Berlin für „überversorgt“ befand.

Für die hier Angestellten sind die zentralen Punkte der „Eckpunktdokumente“ vor allem geringere und festgelegte Personalschlüssel und ein System von „Belastungspunkten“. Diese Punkte erhalten die Arbeiter unter Anderem für Schichten, bei denen die Personalschlüssel doch nicht erfüllt werden oder andere „Zusatzbelastungen“. Die gesammelten Punkte können dann in variablen Raten für einige Stunden

mehr Freizeit eingetauscht werden können, allerdings höchstens fünf mal im Jahr.

Auch die Charité liegt als Uniklinikum in der Hand der Stadt Berlin. Mit den 18.700 Mitarbeitern, die dort Stand 2017 angestellt waren, gehört sie zu den größten Arbeitgebern in Berlin. Mit diesen Angestellten kam sie im Vorjahr auf einen Umsatz von 2,2 Milliarden Euro und erwirtschaftet dem Land Berlin regelmäßige Gewinne in Millionenhöhe, von denen sie aber angeblich nicht in der Lage sind, den Arbeitern ausreichende Löhne zu zahlen oder ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Die Handhabung der Pandemie hat immer wieder neue Beispiele dafür gezeigt, welchen Stand das Gesundheitssystem in diesem Land durch ständige Sparmaßnahmen erreicht haben. Die Kosten dessen lasten auf dem Rücken der Patienten und vor allem den Arbeitern in dieser Branche, inklusive diversen Sub-Unternehmen. Diese Arbeiter haben mit ihrer Bereitschaft, zu streiken und zu kämpfen erneut gezeigt, dass sie ihnen das sehr bewusst ist und sie damit nicht weiterleben möchten und können. Die Führung der ver.di und anderer gelber Gewerkschaften zeigt in diesen Kämpfen aber immer mehr ihr wahres Gesicht. Anstatt voran zu schreiten und die Kämpfe zu entwickeln, versuchen sie, die Widersprüche bestmöglich immer wieder irgendwie zusammenzukitten. Anstelle des ständigen Hinhaltens und dem Buckeln vor den Herrschenden brauchen wir eine revolutionäre Führung in diesen Kämpfen, die nicht Halt macht, bevor unsere Klasse die Macht hat und wir der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende bereitet haben. •



„ÜBERGANGSSEMESTER“ AN DER UNI – KAUM VERBESSERUNGEN FÜR STUDENTEN



Alle zuhause geblieben: ein Hörsaal an der Uni Hamburg wartet auf seine studentische Zuhörerschaft

Wer in letzter Zeit einen jungen Menschen mit Jutebeutel und Club-Mate-Flasche durch die Stadt hat sprinten sehen, der mag einen Studenten gesichtet haben, auf dem Weg von einer Vorlesung zur nächsten. Denn das Wintersemester der Uni Hamburg hat begonnen und „es ist wieder Präsenzbetrieb möglich“. Die Uni selbst schreibt dazu in einer Ankündigung online:

„Hörsaal Atmosphäre, Diskussionen von Angesicht zu Angesicht und die Salatbar in der Mensa. Im Wintersemester ist nach drei Pandemie Semestern wieder Präsenzbetrieb möglich.“

Drei Semester lang mussten Studenten ihre Vorlesungen und Seminare online besuchen, das heißt, stundenlang am Tag vorm Laptop sitzen, mit Technik überforderte Professoren, Internetprobleme, Studenten, die nach drei Semestern die Universität noch nie von innen gesehen haben und ihre Mitstudenten nur über die Videoplattform Zoom kennen – obwohl

sie denselben Preis wie sonst für das Semester bezahlen. „Diskussionskultur“, soziales Unileben? Das war einmal. Für viele Studenten, gerade solche, die neu in der Stadt sind, bedeutet das Einsamkeit, sowieso schon durch andere Corona-Maßnahmen verstärkt.

Jetzt soll sich das alles wieder ändern, die Uni Hamburg lobt sich für ihr „Übergangsemester“. Das sieht so aus: Die Lehrenden dürfen selber entscheiden, ob sie ihre Vorlesungen online oder in der Uni abhalten. Trotz großer Ankündigungen findet nun das Meiste immer noch digital statt. Was für viele Studenten ironischerweise eine Erleichterung ist, denn zwischen Vorlesungen hat man nur eine halbe Stunde Pause, für viele nicht genug Zeit, um von ihrer Online Vorlesung Zuhause, zur nächsten in der Uni zu kommen. Hat man also doch einige Vorlesungen in Präsenz, dann wird das eine hektische Angelegenheit. Die Uni ignorierte das Problem zunächst, jetzt stellt sie Räume zur Verfügung. Die

Studenten sitzen also in der Uni und nehmen dort an online Vorlesungen teil. Absurd.

IMPFPFLICHT AN DER UNI

Was heißt denn überhaupt Übergangsemester? Es heißt, den Studenten einen Geschmack davon zu geben, was sie so vermissen, und sie gleichzeitig spüren zu lassen, dass es, so wie es jetzt ist, nicht weitergehen kann. Der Staat braucht keine Impfpflicht. Er macht es den Leuten einfach so unangenehm, dass sie sich schon von selbst fügen. Wir sind alle müde von der Pandemie, wir wollen wieder, dass es so wie vorher ist, dieses Semester ist noch anstrengender als das komplett digitale, also was müssen wir machen, damit es wieder so wird wie früher? Hier stellt die Uni die Bedingung. Ihr wollt wieder zusammen im Uni Café sitzen, zusammen lernen, diskutieren? Dann lasst euch impfen. Die neuen Regeln sind: 3G auf dem Campus. Noch kann man sich an der Uni Hamburg kostenlos testen lassen. Jedes mal wenn man in der Uni ist, braucht man einen neuen Test. Der Testnachweis reicht dann aber noch nicht aus, dann muss man sich noch einen QR Code holen, mit dem läuft man dann zu einem der Standorte der Uni, wo man sich ausweisen muss, mit 3G Nachweis und Perso, um den sogenannten „Campus Pass“ zu bekommen, das heißt der QR Code wird aktiviert, bei Impfnachweis unbegrenzt, bei Testnachweis nur 24 bzw. 48 Stunden lang, je nach Test. Also für alle gilt: Smartphone bereit halten. Bisher wurden Kontrollen kaum durchgesetzt, bei einer Impfquote von bis zu 80% unter den Studenten reicht es wohl, diese nur anzudrohen. Deutschlandweit werden die Kontrollen der Studenten auf verschiedenste Arten durchgeführt, in einigen Unis reicht der Impf- oder Testnachweis, die Dozenten müssen selber kontrollieren, bei Zu-Spät-Kommern dafür jedes Mal den Unterricht unterbrechen.

Überall gilt aber: Das Wintersemester wurde mit großen Ankündigungen von bis zu 80 Prozent Präsenzlehre beworben, die Studenten merken davon jetzt wenig. Viele berichten von gerade einmal einer Vorlesung die Woche, die sie in Präsenz besuchen. Sehr praktisch natürlich, dass sie nach dieser sofort los müssen, und sich über all die Ungerechtigkeiten nicht mit anderen Studenten austauschen können. Ob man also der Einzige ist, der zufällig eben viele Online-Vorlesungen erwischt hat – who knows. Noch ein Problem: drei Semester Online-Lehre bedeutet, dass etliche Studenten zu Beginn der Semester nicht

nach Hamburg gezogen sind, denn wenn man nicht zur Uni muss, seine Kommilitonen nicht sehen darf, gesellschaftliches Leben durch Lockdown nicht vorhanden ist, erspart man sich verständlicherweise die Suche nach einer Wohnung, wenn man auch einfach noch Zuhause wohnen bleiben kann. Nun sind also Studenten aus drei Semestern gleichzeitig in Hamburg auf der Suche nach Wohnungen. Bei dem knappen Angebot an bezahlbaren Wohnraum ein unmögliches Unterfangen.

MIT UNS KANN MAN'S JA MACHEN?

Eine Studentin hatte die Situation gut erkannt und sagte in der Orientierungswoche, in der Studenten privat richtige „Real-Life-Treffen“ organisierten, um den Erstsemestern wenigstens eine Chance zu geben, sich persönlich kennenzulernen, über all diese Probleme, dass sie das Gefühl habe, die Studenten würden alles einfach so hinnehmen und dass das doch alles nicht richtig sei und man sich wehren sollte. Ja. Das sollte man. Unter Studenten ist die herablassende Haltung gegenüber Leuten, die sich nicht impfen lassen wollen, sehr verbreitet. Es ist sehr verbreitet, zu meinen, *diese* Leute seien dafür verantwortlich, dass *wir* unser normales Leben noch nicht wiederhaben und dass der Staat solche Maßnahmen durchsetzen müsse, weil die Leute zu doof seien zu wissen, was das Richtige sei. Nicht der Staat sei Schuld an all den Missständen, sondern die Leute, die sich sträuben. Das ist zynisch. Und man stellt sich damit auf die Seite der Unterdrücker. Anstatt sich zu vereinen mit den Menschen, die ein gesundes Misstrauen in diesen Staat haben, und deren Kämpfe zu unterstützen, schließt man sich den Forderungen des Staates an.

Die Bourgeoisie hat uns diese Krise angetan, sie sorgt dafür, dass wir uns nicht zusammentun, um uns zu wehren, sie verwehrt uns mit ihren Maßnahmen nun den Zugang zu Bildung und sozialem Leben. Aber das dürfen wir nicht hinnehmen. Wenn der Staat uns Bildung verwehrt, dann bilden wir uns selbst. Macht die Kamera aus und nutzt die Zeit für was Besseres, trifft euch mit euren Kommilitonen und redet über Wege, sich zu wehren, diskutiert mal wieder, lest zusammen. Oder macht es wie die Jugendlichen in den Arbeitervierteln und legt euer Buch ab und zu zur Seite, um mal wieder aus eurer Hand eine Faust zu formen. •

LLOYD-WERFT: SCHLISSUNG BESIEGELT?



Entlassungen, Kurzarbeit und dabei gleichzeitig ein erhöhtes Arbeitspensum. Ob man selbst betroffen ist, der Kollege, der Bruder oder der Nachbar – es gibt kaum jemanden unter uns, der bisher von diesen Maßnahmen verschont geblieben ist, auf dem ein oder anderen Weg sind all diese Dinge mittlerweile Teil unseres Alltags geworden. Jeden Tag müssen wir ausbaden, was durch die Überproduktionskrise an Problemen für die Kapitalisten entsteht. Sie sparen an uns und entlassen uns einfach, wenn sie durch die Überproduktion auf den von uns produzierten Waren sitzen bleiben. So sorgen sie auf unsere Kosten dafür, dass ihr Geschäft profitabel bleibt.

Bereits im März diesen Jahres berichtete die Rote Post von der aktuellen Situation der Lloyd-Werft in Bremerhaven. Denn seit Dezember letzten Jahres machte die Nachricht die Runde, dass auch hier Stellen gestrichen werden sollen, mehr sogar: Die gesamte Lloyd-Werft sollte dicht gemacht, und damit rund 350 Arbeiter vor die Tür gesetzt werden. Seitdem gab es eine Menge hin und her; im Februar wurde die Belegschaft darüber informiert, dass die Werft bis Ende des Jahres 2021 stillgelegt werden solle, später hieß es dann, es würden Verhandlungsgespräche mit der Bremerhavener *Heinrich Rönner Gruppe* geführt

und ein Verkauf und damit die Weiterführung der Werft sei geplant. Die Bremer Landespolitiker haben natürlich viel davon geredet, den „Traditionsbetrieb“ mit so „hohem symbolischen Wert“ retten zu wollen, haben beim Bund um Unterstützung gebettelt und auf die Übernahme durch Rönner gehofft. Doch passiert ist am Ende natürlich nichts. Ähnlich heuchlerisches Geschwafel hörte man auch von den gelben Gewerkschaften, in diesem Falle hauptsächlich von der IG Metall, die sich wieder einmal auf die Fahne schreibt, angeblich die Interessen der Arbeiter zu vertreten, während sie uns seit Jahren mit ihren schlechten Deals mit den Unternehmen verrät und versucht, unseren Kampf zu mäßigen. Dass von ihnen keine Hilfe zu erwarten ist, war also von vornherein klar und die bösen Vorahnungen haben sich für uns bestätigt: Die Schließung der Lloyd-Werft ist nun besiegelt, bis März 2022 soll die Stilllegung über die Bühne gebracht worden sein. Die Entlassungen beginnen ab sofort und alle 350 Arbeiter werden nach und nach, mir nichts dir nichts vor die Tür gesetzt. Das sind 350 mehr Arbeitslose in der Stadt, die Jahr für Jahr in den bürgerlichen Statistiken den ersten Platz belegt, wenn es um Arbeitslosigkeit und Armut geht. Das sind hunderte Familien, denen von heute auf morgen ihre Existenzgrundlage entrissen wird.

Wenn man das Geschäft der Lloyd-Werft alleine betrachtet, kann die Frage aufkommen, warum die Entlassungen kommen – denn das Unternehmen an sich steht wirtschaftlich nicht schlecht da. Die Schließung bedeutet außerdem für den ohnehin wirtschaftlich schon schlecht dastehenden Hafen, auf den die gesamte Stadt sich in „besseren Zeiten“ einst stützte, eine weitere Schwächung und einen weiteren Schritt in die Bedeutungslosigkeit. Doch wenn man einen Blick hinter die Kulissen wirft, wird die Sache schnell klar. Denn 2015 wurde der über 160 Jahre alte Betrieb von dem asiatischen Tourismusunternehmen *Genting Hong Kong* aufgekauft, das auf Kreuzfahrten spezialisiert ist und mehrere Werften in Norddeutschland in der Unternehmensgruppe *MV-Werften* zusammenfasste. Diese produzieren seitdem Kreuzfahrtschiffe und Yachten für den Konzern. Doch 2020 ging es mit *Genting* finanziell steil bergab und das Unternehmen musste sich mit 3,4 Milliarden US-Dollar tief verschulden. Und als die Kredite nicht mehr bedient werden konnten, wurde eben das Sparprogramm aufgeföhren. *Genting* beschloss also, kurzerhand 1200 Arbeitsplätze in den Werften der *MV* Unternehmensgruppe zu vernichten. Und da Bremerhaven für die Gruppe der finanziell am wenigsten attraktive Standort ist, wird er jetzt einfach komplett fallen gelassen, die gesamte Belegschaft steht auf einen Schlag ohne Arbeit da, und das nur, weil unsere Arbeit beim Mutterkonzern am anderen Ende der Welt nicht mehr genug Profit abwirft.

Daran zeigt sich, wie eng die Verflechtungen des imperialistischen Systems sind, und Probleme, die an einer

Stelle auftauchen, schlagartig heftige Folgen an einem völlig anderen Ort haben können, und das, ohne dass man auf den ersten Blick die Verbindung sieht.

Was sich an diesem Ereignis aber auch wieder einmal zeigt, ist, dass das Interesse unserer Bosse in kompletten Gegensatz zu unserem steht. Sie brauchen uns nur, um sich die Taschen zu füllen, dabei ist ihnen das Schicksal von uns Arbeitern völlig egal. Und wenn es sein muss, werden wir eben entlassen. Aber dass das Maß irgendwann voll ist und wir nicht alles mit uns machen lassen, haben sie natürlich auch begriffen. Und da kommt die Kurzarbeit ins Spiel. Denn durch die Kurzarbeit haben die Unternehmen weniger Ausgaben, aber trotzdem keinen Verlust an Arbeitskraft, die sie ausbeuten können. Dass wir dabei einen großen Teil unseres Einkommens einbüßen müssen, spielt für sie keine Rolle.

Dazu kommen die billigen Kredite, die es Unternehmen, die eigentlich gar nicht mehr gewinnbringend sind, ermöglichen, sich künstlich über Wasser zu halten. Das sind die Mittel, mit denen der Staat die noch schwereren Schläge der Krise aufschiebt. So können die Herrschenden sich etwas Zeit erkaufen, aber langfristig verhindern können sie die kommenden massenhaften Entlassungen nicht. Und deshalb müssen wir im Kopf behalten: jede Entlassung, jede Lohnkürzung und jede Überstunde, die wir verrichten sollen, ist ein Angriff auf die Arbeiterklasse, den wir nicht unbeantwortet lassen können! •



Bremens Bürgermeister Bovenschulte wird am 12. November zu „Gesprächen am runden Tisch“ mit einer Demo empfangen

LASCHET GEHT, DIE KORRUPTION BLEIBT - MINISTERPRÄSIDENTENWECHSEL IN NRW



Der wüste Hendrik frisch im Amt

Am 26. Oktober hat Armin Laschet sein Amt als Ministerpräsident von NRW niedergelegt und zieht als Bundestagsabgeordneter nach Berlin. Sein Nachfolger Hendrik Wüst, der bis zum Amtswechsel als Verkehrsminister in Laschets Kabinett fungierte, wirkt auf den ersten Blick wie eine erfrischende Abwechslung. Ein junger, bodenständiger Mann, der mit dem Fahrrad von seiner Dienstwohnung in Düsseldorf zum Landtag fährt oder seinem Kind etwas vorliest. Doch beide eint nicht nur das Parteibuch, sondern auch ihr Hang zur Korruption. Auch wenn Wüst mit 46 Jahren sehr jung ist für das Amt des Regierungschefs von NRW, hat er schon mehrere Affären hinter sich.

Während die Skandale von Armin Laschet noch bei vielen in Bewusstsein sein mögen, da diese sich zu einem großen Teil in den letzten dreieinhalb Jahren abgespielt haben, hat man das bei Hendrik Wüst schon wieder vergessen. Hendrik Wüst hat mit seinen 46 Jahren schon eine 27 Jahre lange Politikerkarriere hinter sich, in der er schon einiges geleistet hat. Im Jahr

2009 beauftragte die CDU eine professionelle Produktionsfirma, um die Wahlkampfauftritte von Hannelore Kraft (SPD) zu filmen und auszuwerten. Ein Jahr später kam es zur sogenannten „Sponsoring-Affäre“. Wüst war bei beiden Vorfällen Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen und war in beiden Angelegenheiten verwickelt. Nachdem die „Sponsoring-Affäre“ ans Tageslicht kam, musste er von seinem Amt zurücktreten. In dieser Affäre ging es darum, dass die CDU Einzeltermine mit dem damaligen NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers an Firmen verkaufte. Diese Firmen sollten dann großzügige Spenden an die CDU überweisen. Wüst soll dabei eine vermittelnde Rolle eingenommen haben. Hinzu kommen un versteuerte Zuschüsse zur Krankenversicherung, die nicht verrechnet wurden. Der Betrag beläuft sich auf 6.000 Euro; für Politiker sind das Peanuts, für unser eins können das schon vier Netto-Monatsgehälter sein. Als Wirtschaftspolitiker ist es auch natürlich schwer zu wissen, welche Angaben man machen muss. Wüst sagte zu dem Vorfall einfach, er habe sich als „Privatversicherter schlicht nicht angesprochen gefühlt“.

Dass Wüst nicht dafür da ist, uns das Leben besser zu gestalten, sollte klar sein, und er sieht das auch so. In der Vergangenheit forderte er, dass Arbeitslose zur Sauberhaltung von Spielplätzen eingesetzt werden sollten. Konkret ging es ihm darum, dass Arbeitslose verpflichtet werden können, Hundekot, Glasscherben oder Drogenspritzen zu entfernen.

Für Armin Laschet, der während des Wahlkampfes versuchte, sich volksnah zu geben, sind solche Dinge nur Aufwärmübungen. Vom Würfeln von Klausurnoten als Lehrer, über direkte Gespräche mit RWE zur Laufzeitverlängerung von Kohlekraftwerken zu Vermittlung von Aufträgen an Geschäftspartner an seine Kinder deckt Laschet eine breite Palette ab. Für RWE ließ er die Protestcamps im Hambacher Forst 2018 rechtswidrig räumen. Bei der Räumung kam ein Journalist unter nicht geklärten Umständen zu Tode. Was man weiß, ist, dass Spezialkräfte der Polizei an einer Hängebrücke zerrt und der Journalist dadurch vom Baumhaus fiel. Konsequenzen für die Beamten dafür gab es nie. Die Räumung geschah auf Wunsch von RWE, um den Tagebau für ihren Braunkohleabbau auszubreiten. Um die Räumung zu koordinieren und die Interessen von RWE umzusetzen, gab es eine Reihe von Treffen von RWE und Laschet. So konnte RWE auf das Kohleausstiegsgesetz Einfluss nehmen, und die letzten Kraftwerke werden erst 2028 abgeschaltet.

In seiner Zeit als Lehrer am RWTH Aachen (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule) erfand Laschet einfach Noten für Klausuren, indem er sie ausgewürfelt hat, das alles fiel auf, als Studenten, die nicht an den Klausuren teilnahmen, eine Note erhielten. Im Jahr 2020 erhielt Laschet von seinem Sohn die Nummer des Modeherstellers „Van Laack“. Johannes Laschet und die Firma „Van Laack“ sind Partner. Kurze Zeit später erhielt die Firma einen Auftrag für Schutzkittel in Höhe von 45.400.000 Euro.

Die einzige Person, die Laschet in Sachen Skandale und Korruption schlagen kann, ist – wie im Wahlkampf – Olaf Scholz, der als Finanzminister und Vizekanzler, und davor Bürgermeister von Hamburg, jede Gelegenheit genutzt hat, sich die Taschen vollzustoßen. Jetzt sitzen beide im Bundestag, der eine als nächster Bundeskanzler der andere auf der Oppositionsbank.

Und Wüst bezieht derzeit Stellung als Ministerpräsident. Doch wie kommt es, dass der heute kaum bekannte und junge Verkehrsminister zum Minister-

präsident von NRW werden konnte? Nach seinem Rücktritt im Jahr 2010 verbrachte Wüst viel Zeit als einfacher Landtagsabgeordneter im Landtag NRW und übernahm dort den Posten des wirtschaftspolitischen Sprechers. Von 2010 bis 2017 ließ er also Gras über die Vorfälle wachsen und setzte sie als Landtagsabgeordneter aus. Dass er dann 2021 zum Ministerpräsident aufsteigen konnte, hat den Grund, dass er beim Postengeschacher um den Posten des Landesparteiheads der CDU die passenden Voraussetzungen hatte. Wüst konnte sich gegen seine Konkurrenten wie zum Beispiel Herbert Reul durchsetzen, da die CDU den Standpunkt vertritt, dass, wenn sie irgendwo den Ministerpräsidenten stellen, dieser auch Landesparteihead ist. Herbert Reul konnte nicht Ministerpräsident werden, da er zwar Innenminister ist, er verfügt jedoch über kein Landtagsmandat. Das ist aber für das Amt des Ministerpräsidenten erforderlich. Sprich, am Ende des Tages ist Hendrik Wüst Ministerpräsident geworden, weil er die formalen Kriterien der CDU erfüllen kann und nicht, weil er als der beste Mann nach Laschet gilt. So ist auch seine Wahl zum Ministerpräsidenten nichts weiter als eine hohle Farce und zeigt einmal mehr, dass dieser Staat nicht im Interesse der Massen handelt, sondern im Interesse der herrschenden Clique der Bourgeoisie.

Doch beide Posten kann Wüst auch schnell wieder los werden, da im Jahr 2022 die nächsten Landtagswahlen in NRW stattfinden werden. Bis dahin wird die CDU einen Landesparteitag abhalten und sich für die kommende Landtagswahl neu aufstellen. Ob Hendrik Wüst dann dabei sein wird, ist ungewiss, auch wenn er bisher als Spitzenkandidat gehandelt wird. Aber was man auf jeden Fall sagen kann, ist, das es wieder korrupte Politiker sein werden, die in den Wahlkampf ziehen werden. Egal ob für die CDU, SPD oder eine andere Partei, sie alle bereichern sich am Ende auf unsere Kosten. •



Der Blick auf Laschets Schreibtisch

ANTIFASCHISTEN ZU JAHRELANGEN HAFTSTRAFEN VERURTEILT

Am 13. Oktober wurde im sogenannten „Wasen-Prozess“ das Urteil gegen die beiden Antifaschisten Jo und Dy gesprochen. Jo wurde zu viereinhalb und Dy zu fünfeneinhalb Jahren Haft verurteilt. Vorgeworfen wird den beiden, am 16. Mai 2020 an Angriffen auf Mitglieder der rechten Pseudogewerkschaft „Zentrum Automobil“ beteiligt gewesen zu sein. Zentrum Automobil ist eine reaktionäre „Gewerkschaft“, welche von der AfD geführt wird. Ihr Zweck ist es, innerhalb der Betriebe der Automobilindustrie „Massenarbeit“ für diese zu machen, linke und revolutionäre Betriebsarbeit zu bekämpfen und rechte Positionen in die Arbeiterklasse hereinzutragen. Dabei benutzen sie eine ähnliche Herangehensweise wie die damalige „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO), welche eine von der NSDAP geführte Organisation war, um die faschistische Bewegung innerhalb der Betriebe aufzubauen.

Dahei war die Herangehensweise der „NSBO“, mit vielen sozialen Phrasen um sich zu werfen. Sie sprachen von einem „nationalen Sozialismus“, von einer „deutschen Revolution“, forderten die „soziale Verwendung des Privateigentums“. Doch letzten Endes stellten sie niemals die Eigentumsfrage. Stattdessen negierten sie die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und den Klassenkampf. Für sie war nicht wichtig, ob man Ausbeuter oder Ausgebeuteter ist, es war nur wichtig, ob man vermeintlich deutsch war oder nicht. Dementsprechend hatten sie zwar eine „antikapitalistische“ Rhetorik, doch richteten sie die Wut der Arbeiter nicht gegen ihre tatsächlichen Unterdrücker. Stattdessen machten sie eine vermeintliche „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“ dafür verantwortlich. Die „NSBO“ sprach davon, dass sich Arbeiter in ihr organisieren sollten, um für ihre Interessen zu kämpfen, ihre hauptsächliche Aktivität aber war gegen diejenigen, welche tatsächlich für die Interessen der Arbeiterklasse kämpften, vorzugehen. Als die Faschisten dann an der Macht waren, zerschlugen sie jede Gewerkschaft und entmachteten auch ihre eigene Pseudogewerkschaft.

Wie auch die „NSBO“ gibt sich Zentrum Automobil vermeintlich „antikapitalistisch“. So schreiben sie:

„Das Zentrum steht für gewerkschaftliches Handeln im Sinne aller Beschäftigten: Wir sind die Opposition zu den gekauften Einheitsgewerkschaften. Als unabhängige Gewerkschaft bekommen wir keine Steuergelder und Großspenden, unsere aktiven Mitglieder sitzen nicht bei Bankern und Managern am Tisch, sondern sind in den Werkshallen für die Kollegen unterwegs.“

Doch wie auch die NSBO versuchen sie, den sozialen Unmut auf eine kapital-freundliche Bahn zu lenken. Sie denunzieren sehr viel die tatsächliche Sozialpartnerschaft innerhalb der Führung der großen Gewerkschaften, um sich selbst als vermeintliche Alternative zu diesen darzustellen, doch am Ende ist das, wofür sie sich einsetzen, die Schwächung tatsächlicher Interessensvertretung. Dementsprechend zielen sie vor allem auf vermeintliche „Linke“ in der Regierung, den Gewerkschaften und auf der Straße. Ihre ganze Aktivität besteht zum Großteil darin, dass sie sich als vermeintliche Alternative zu den Gewerkschaften darstellen, aber letzten Endes führen sie keine Arbeitskämpfe, sondern schwingen nur große Reden. So demonstrieren sie beispielsweise gegen Stellenabbau, machen aber dafür allein die Grünen und die „Umweltbewegung“, und nicht die Automobilindustrie verantwortlich.

Sie treten zwar nicht offen als Faschisten auf, aber sie sind eng mit der faschistischen Bewegung verbunden. So veranstalten sie Kundgebungen und Demonstrationen gemeinsam mit NPD, der Identitären Bewegung und dem Dritten Weg. Ebenfalls waren Mitglieder von Zentrum Automobil in die Vorfälle rund um den NSU verstrickt. Der bei Betriebsratswahlen angetretene Zentrumsmitglied Rico Heise wurde sogar wegen Falschaussage vor dem NSU-Ausschuss verurteilt.

Wir sehen also, es handelt sich bei diesen Leuten um klare Feinde unserer Klasse. Sie sind in unseren Betrieben, geben sich so, als wären sie unsere Kollegen und würden unsere Interessen vertreten, aber letzten Endes vertreten sie die der Chefs. Sie wollen keinen Klassenkampf, sie wollen mit den Herrschenden an einem Tisch sitzen und unsere Ausbeutung gemeinsam verwalten. Sie geben sich

zwar „alternativ“ und arbeiternah, aber sie sind es, die gegen uns vorgehen. Sie versuchen uns anhand von Herkunft, Hautfarbe, Religion zu spalten. Anstatt als Arbeiter gemeinsam, für unsere Interessen gegen die Bonzen zu kämpfen, sollen wir lieber gegeneinander kämpfen. Und wenn sich dann doch Arbeiter zusammenschließen und geeint gegen ihre Ausbeutung kämpfen, sind sie es, die angeblich so volksnahen Reaktionäre, welche mit am meisten dagegen vorgehen. Ihr ganzes „Anti-Establishment“-Getue ist nur dazu da, uns Sand in die Augen zu streuen.

Zurecht wurden diese Reaktionäre am 16. Mai 2020 in Stuttgart von circa 30 Antifaschisten in einem organisierten Hinterhalt entschlossen angegriffen. Doch nach diesem Angriff folgte starke Repression gegen die antifaschistische Bewegung in Baden-Württemberg. Hunderte Bullen durchsuchten Wohnungen in Stuttgart, Karlsruhe, Tübingen, Ludwigsburg, Fellbach, Remseck und Waiblingen. Als erstes wurde der Antifaschist Jo verhaftet. Einige Monate später wurde dann auch Dy festgenommen. Während Jo im Januar 2021 nach über sechs Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, blieb Dy weiterhin bis zur Urteilsverkündung im Knast. Begründet wurde dies alles mit der Schwere des Angriffs, denn einer der angegriffenen Reaktionäre lag danach mehrere Monate mit einem Schädelbasisbruch im Koma und schwebte in Lebensgefahr. Ein weiterer Reaktionär wurde dabei so stark verletzt, dass er nun auf einem Auge beinahe Blind ist.

Aber die Nazis und anderen Reaktionäre? Dass diese Leute bereit sind, über Leichen zu gehen, hat sich beispielsweise im Sommer 2021 in Freiburg klar gezeigt. Dort stach am 12. Juni das AfD-Mitglied Robert Hagerman mit einem Messer auf einen Mann ein, welcher bei einem rechten Übergriff auf linke Jugendliche einschritt. Das ganze angebliche Entsetzen über die „skrupellose linke Gewalt“ ist vielleicht der Standpunkt derjenigen, die in diesem System ein gutes Leben führen können, aber für jeden klassenbewussten Arbeiter ist klar, dass man gegen solche Leute nicht allein mit Worten vorgehen kann.

Und nun wurde das Urteil gesprochen. Die Bullen behaupten, dass sie Jo anhand der DNA eines verletzten Reaktionärs an seinem Handschuh und Dy aufgrund eines Haares an einer Schlagwaffe,

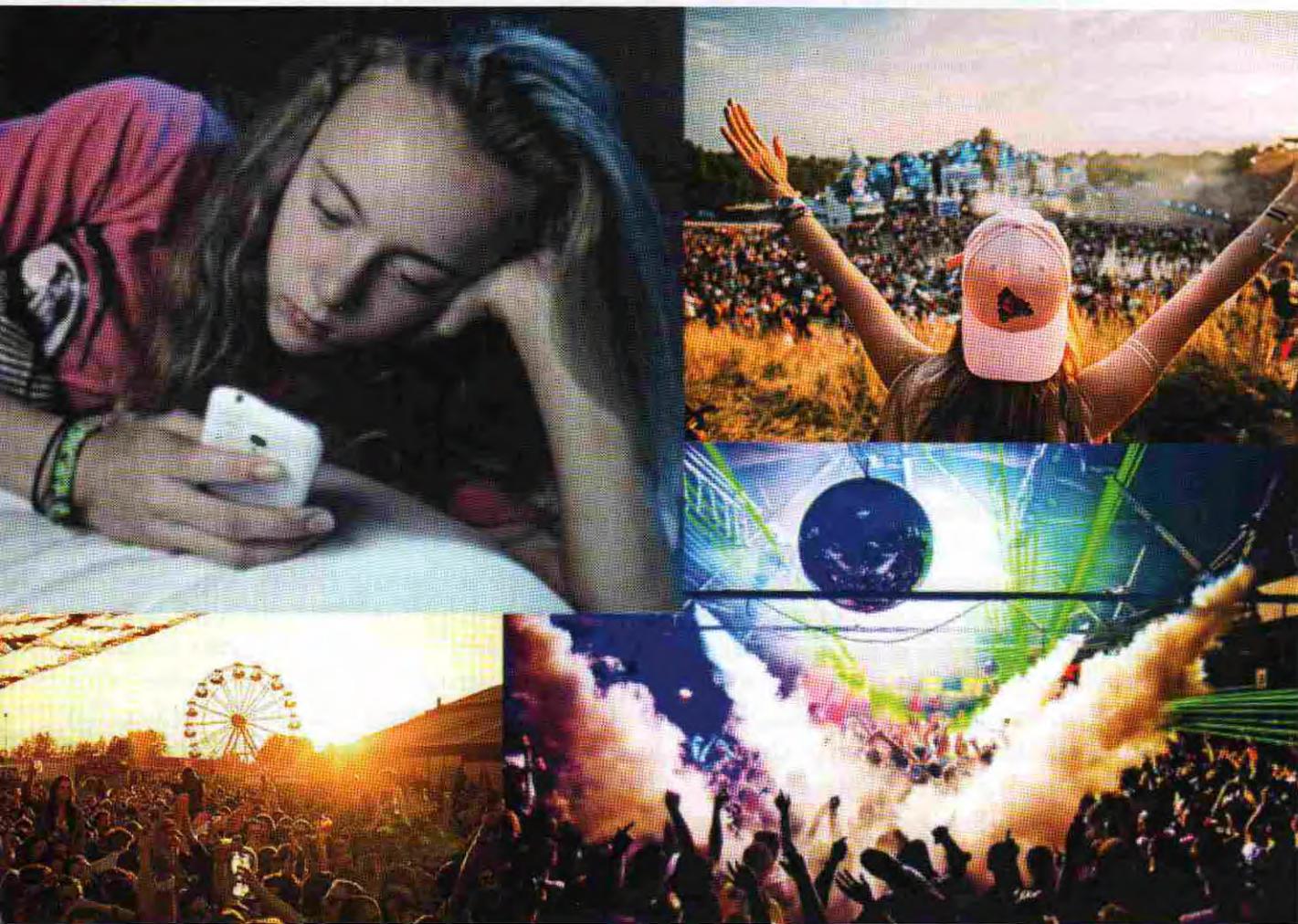
welche am Tatort zurückgelassen wurde, eindeutig identifizierten. Die Anwälte der Angeklagten werfen der Polizei vor, schlampig mit den Beweismitteln umgegangen zu sein, wodurch sich die Möglichkeit der Manipulation erschließt.

Das Urteil, welches gegen Jo und Dy gesprochen wurde, ist nicht zufällig so, denn es folgt einem politischen Ziel. Das Ziel ist es, uns einzuschüchtern und uns Angst zu machen, um zu verhindern, dass wir uns organisieren und für unsere Interessen kämpfen. In diesem Sinne ist die starke Repression in Baden-Württemberg auch Teil der verstärkten faschistischen Tendenz des Staates, welche sich seit Beginn des Ausnahmezustandes im ganzen Land in Form von Grundrechtseinschränkungen, erweiterten Polizeibefugnissen und vermehrten Angriffen auf Revolutionäre und Antifaschisten weiter zuspitzt.

Doch sollten wir hier nicht nur auf die Repression eingehen, sondern uns auch mit der Solidarität und dem Widerstand beschäftigen. Sofort nach den Hausdurchsuchungen und der Verhaftung von Jo entwickelte sich im ganzen Land eine Welle an Solidarität innerhalb der revolutionären Bewegung. Antifaschistische Gruppen in zahlreichen Städten in allen Teilen des Landes bekundeten ihre Solidarität und führten Aktionen dazu durch. Auch über ideologische Unterschiede hinweg standen die ehrlichen Antifaschisten gegen die Repression zusammen. Das ist gut und das ist wichtig, denn gegen die Angriffe des Staates müssen die fortschrittlichen Kräfte zusammenstehen. Wenn die Polizei einen Genossen festnimmt und auf Jahre einkerkt, weil er Antifaschist ist, darf unsere Reaktion nicht sein, dass wir uns nur auf unsere Unterschiede konzentrieren.

In diesem Sinne ist es für alle fortschrittlichen Kräfte weiterhin wichtig, zusammenzustehen und für die Freiheit der politischen Gefangenen zu kämpfen. Für Jo, für Dy, für Lina, für Findus, für Adel, für Thomas, für Jan, für alle anderen. •

NO „FOMO“!



Es ist Wochenende und ein großer Teil der Jugendlichen hat jetzt ein bisschen Zeit, die Lasten und Probleme von der Arbeit, Schule und dergleichen mal zu verdrängen. Freizeit ist kostbare Zeit – wer nutzt die Regenerationszeit, die die Bourgeoisie uns gibt, schon dazu, um zu schlafen? Natürlich wollen die meisten raus, etwas machen. Wenn noch nichts Konkretes ansteht, bleibt die Frage: Was macht man an so einem Freitagabend? Früher war die Sache klar, man trifft sich, zieht los, und dann findet man was, wenn es auch nur wieder der gleiche Platz im Viertel ist. Heute gibt es Handy und „soziale Medien“, also kann man von zu Hause schon mitbekommen, was gerade an hundert verschiedenen Orten in der Stadt los ist. Unter vielen jungen Leuten aus hauptsächlich wohlhabenden Verhältnissen hat sich in den letzten Jahren ein „Luxusproblem“ breitgemacht – sie haben „Angst“, nicht an *dem Ort* zu sein, wo sie es sich gerade am

besten vorstellen. Noch „schlimmer“ als die „Qual der Wahl“ aber wird es, wenn einem die schöne freie Zeit durch „persönliche Verpflichtungen“ genommen wird. Bürgerliche Medien beschreiben dieses wachsende Problem von Teilen der Jugend als „Fear of Missing Out“ (FoMO) – die Angst, etwas zu verpassen.

„FoMO“ ist eindeutig gebunden an die Verbreitung der sozialen Medien. Bei Kumpels wird gechillt, bei der Freundin ist Party, die nächste Crew geht in den Club und andere Leute wollen grillen – so viel Informationen auf ein mal, die man nur übers Smartphone bekommt. Früher, als man das nicht mitbekommen konnte, war das kein Problem. Heute sind viele Leute neidisch auf die Freunde, die gerade ohne sie Spaß haben. Alleine durch den fehlenden Zugriff auf „soziale Medien“ kommt die Angst, nicht „auf dem Laufenden“ zu sein. Facebook, Instagram etc. machen es aber nicht besser – wenn man sieht, was

los ist, weiß man erst recht, was man gerade verpasst. Die Folge davon ist, dass einige versuchen, auf allen Hochzeiten zu tanzen, die sie für unverzichtbar halten. Abgesehen davon, dass die „unverzichtbaren Events“ am Ende dann doch oft sehr ernüchternd sind, denken die „von FoMO Betroffenen“, wie bürgerliche Psychologen es ausdrücken würden, so nur noch an sich selbst. Anderen wird die „Überinformation“, was gerade wo los ist, zu viel, und anstatt einfach eine Sache zu machen, bleiben sie vor lauter „Stress“ einfach zu Hause und isolieren sich mit der Zeit. Beide Beispiele haben eine Sache gemeinsam: Der Individualismus in den Leuten wird gestärkt.

Seit den 90'er-Jahren treiben die Imperialisten, hauptsächlich die USA, gezielt die Verbreitung von Individualismus voran, als Teil einer großen Offensive gegen die Revolution auf verschiedenen Ebenen. Der Individualismus setzt den einzelnen Menschen vor das Kollektiv, er sagt, dass man sich selbst stets am wichtigsten sein soll. Wenn das der Fall ist, dann fällt es natürlich schwer, sich mit anderen Leuten zu vereinen. Für jedes Ziel, das das Volk erreichen will, müssen sich Leute vereinen – allen voran für die Revolution, welche die Erfüllung aller unser Interessen und Ziele beinhaltet. Und damit wir tatsächlich etwas erreichen, müssen wir uns *organisieren*, wir brauchen eine feste Form, wie wir auf unser Ziel hinarbeiten. Organisation bedeutet für jeden, der mitmacht, eine Verpflichtung in einem gewissen Grad. Und Verpflichtung heißt, dass man nicht alles machen kann, was man will, und folglich nicht immer Zeit für dieses und jenes „Event“ hat. „You only live once“ (YOLO) ist eine Phrase, die die Imperialisten – z.B. über den kanadischen Rapper Drake in seinem Song „The Motto“ – verbreiten. Man soll sein einziges Leben nutzen, um so viel „Spaß und Abenteuer“ wie es nur geht zu erleben. Also auf der Arbeit sollst du weiter ausgebeutet werden, in deiner freien Zeit dagegen so mit dir selbst und deinen Zielen, was zu alles gemacht haben und erleben willst, beschäftigt sein, dass es für dich gar nicht in Frage kommt, dich mit anderen Leuten für eine gemeinsame Sache zu organisieren. Das heißt, wenn man „YOLO“ lebt, dann kommt die „FoMO“. Und so bemühen sich die Imperialisten darum, dass von uns jeder sich zunehmend selbst in den Mittelpunkt stellt. Egal, ob man mal auf den Hund vom Nachbarn von unten aufpassen, das Kindertraining übernehmen

oder beim Umzug von Bekannten helfen soll – alles kostet „wertvolle“ Zeit und schränkt die „persönliche Freiheit“ ein. Worauf die Herrschenden abzielen, ist aber unsere Organisation *gegen sie*, d.h. unsere Organisation, um Revolution zu machen. Und wenn man sich für die Revolution organisieren will, dann muss man einen – der eigenen Bereitschaft entsprechenden – Teil seiner freien Zeit einbüßen und diszipliniert dort arbeiten, wo man gerade gebraucht wird. Der Individualismus sagt einem genau das Gegenteil: du musst dich um dich selbst kümmern. Das ist eben die Haltung, die mit dem „FoMO“-Mist verstärkt wird.

Ein Beispiel, wie dieser Drang, immer im Mittelpunkt zu stehen, gefördert wird, ist die Entwicklung von Festivals mit ihren Versprechen nach der „größten und spektakulärsten“ Show und „krassem Line-up“ mit ach so vielen Stars, dass den Leuten, die es sich leisten können, die Entscheidung schwer fällt, in welches Drogen- und Pogen-Event sie sich stürzen sollen. Aber an erster Stelle stehen die politischen Aspekte in der Entwicklung der „sozialen Netzwerke“ – die Stories, der „Interessiert“-Button, die Art und Weise, wie Facebook & Co. ihre Plattformen bewerben. Es wird andauernd dafür geworben, durch die Nutzung der Plattformen „nichts mehr zu verpassen“. Das zeigt, wie die Imperialisten die Verbreitung der Haltung, die sie „Fear of Missing out“ nennen, voran treiben – ein zum Scheitern verurteilter Versuch, die Kraft der revolutionären Jugend in Individualismus zu ertränken.

Während sich Leute an einer Stelle auf der Welt Sorgen machen, ein Konzert zu verpassen, kämpfen an einem anderen Ort zur gleichen Zeit Menschen ums Überleben. Ist es in diesem kaputten System wirklich so wichtig, auf der und der Party zu sein, oder ist es nicht eine viel größere Erfüllung, gegen dieses System und für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, in der jeder nach seinen Bedürfnissen leben kann, zu kämpfen? Es gibt doch keinen Ort auf der Welt, wo man besser aufgehoben ist, als da, wo die Revolution einen gerade braucht! Die einzige Angst, etwas zu verpassen, die wir haben könnten, ist doch, nicht in der Revolution mitzukämpfen zu können. Dafür kann aber nur man selbst sich im Weg stehen. •

www.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM DEZEMBER

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

DEMONSTRATION: „EWIGER RUHM DEM VORSITZENDEN GONZALO!“

04. DEZEMBER | WIEN, ÖSTERREICH

INFORMIERT EUCH FÜR GENAUERE ANGABEN
AUF DEM VOLKE DIENEN

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Freiburger revolutionäre Studiengruppe |
fr-rev-studiengruppe@tutanota.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Aufnahmen der Arbeit der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) in den Gebieten der Neuen Macht: Ein Marsch gegen neue Polizei-Camps (oben) und die Einweihung eines Denkmals der Märtyrer des Volkes, kollektive Landwirtschaft und eine Volksversammlung im Gebiet Dandakaranya

**ROTE
POST** 